

## **Rüstungsproduktion und Produktkonversion – Ansatzpunkte einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik**

### **RÜSTUNGSKONVERSION UND BETRIEBLICHE INITIATIVEN ZUR ALTERNATIVEN FERTIGUNG**

#### **1. Vorbemerkung**

Im folgenden soll vor dem Hintergrund der Aufrüstung im Westen und Osten die Möglichkeit der Umstellung der Produktion von militärischen auf sozial nützliche Güter diskutiert werden. Rüstungskonversion ist nicht so sehr ein technologisches oder ökonomisches Problem, sondern eher ein politisch-ökonomisches und sozialpsychologisches. Rüstungskonversion kann nur *ein Teil* einer Umstrukturierung unserer Wirtschaft sein. Die Arbeitskreise zur Alternativen Fertigung in den Rüstungsunternehmen verstehen sich nicht nur als Initiativen gegen die Rüstungsproduktion, sie arbeiten in erster Linie mit dem Ziel der Arbeitsplatzsicherung. Wir dokumentieren Produktionsvorschläge, die aus einer Befragung bei VFW/MBB-Bremen stammen; diese Vorschläge liegen insbesondere im Bereich "sozial nützlicher Produkte". Eindeutig belegen die Initiativen zur Alternativen Fertigung die Beschlüsse der IG Metall, daß Rüstungskonversion keinen isolierten Politikansatz darstellt, sondern eingebettet ist in ein Konzept zur erweiterten Mitbestimmung (Produktkonversion) und in eine Strategie des qualitativen Wachstums. Die Arbeiterbewegung muß Initiator einer neuen gesellschaftlichen Bewegung gegen eine konservative Politik des Sozialabbaus und der Aufrüstung sein. Die ökonomische und ökologische Krise läßt sich nur durch ein gemeinsames Auftreten der Arbeiter-, der Umweltschutz- und der Friedensbewegung bekämpfen. Am Ende des Artikels werden einige Ansatzpunkte zur Veränderung des Wirtschaftssystems aufgezeigt, die neben einem qualitativen Beschäftigungsprogramm und Arbeitszeitverkürzungen notwendig sind. In diesem Zusammenhang spielt eine neue Industriepolitik eine Rolle, die den "autonomen Sektor" fördert und regionale Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt.

#### **2. Einleitung: Atomrampe Bundesrepublik**

Die derzeitige Diskussion und Auseinandersetzung um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ist Ausdruck einer erstarkenden Friedensbewegung. Die Pershing II-Raketen können "Enthauptungsschläge" durchführen und die große Anzahl der "Cruise Missiles", die mittels neuer Microelektronik schwer abzuwehren sind, soll den Gegner dazu zwingen, ein "unbezahlbares" Verteidigungssystem aufzubauen, um ihn "tot zu rüsten". Durch die derzeitige Aufrüstung werden die Atomwaffenbestände weltweit auf ca. 60 000 Sprengköpfe erhöht. 1982 sind für Rüstung ca. 1,9 Billionen Mark ausgege-

ben worden. Die USA steigerten ihre Rüstungsausgaben seit 1979 jährlich durchschnittlich um 7%. Die Nato gab 1982 726 Mrd. DM, der Ostblock 1981 146 Mrd. DM aus. Diese Daten aus dem Friedensforschungsinstitut SIPRI deuten den Irrsinn der Rüstungspolitik nur an. Das Institut kommt zu dem Schluß, daß die militärische Konfrontation ein neues Stadium erreicht hat. Sind die Stationierungen erst in Europa erfolgt, bleiben die Raketen in der Regel.

Der reale Prozeß der Produktion neuer gefährlicher Waffen ist ein Ausdruck kapitalistischen Wirtschaftens und der Militarisierung unserer Gesellschaft nach innen und außen. Ein Kennzeichen dafür ist das rapide Ansteigen der Rüstungshaushalte in den USA, in England und in der Bundesrepublik bei paralleler rigoroser Einschränkung von Sozialprogrammen, obwohl in allen Ländern die höchsten Arbeitslosenzahlen seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 erreicht werden. Gleichzeitig werden innere und äußere Feindbilder mobilisiert, um von den ökonomischen Schwierigkeiten marktwirtschaftlicher Systeme abzulenken. Verunsicherung und Angst der Bevölkerung durch die hohe Arbeitslosigkeit bieten einen Nährboden für konservative Ideologien. Wenn nach einer Umfrage 94% der Befragten über die Arbeitslosigkeit beunruhigt sind, 50% sich durch die steigende Umweltverschmutzung belastet fühlen oder Angst haben und fast 70% befürchten, daß neue Technologien die Arbeitswelt unmenschlicher machen, sind dies Anzeichen für die Zerstörung von Fortschrittsillusionen in den industriellen Gesellschaften. Scharfe Krisen und Desorientierungen beinhalten nicht nur die Chancen zur rationalen, sondern vor allem die Gefahr von autoritär-konservativen Krisenlösungen (z.B. Sinus-Studie 1981). Diese kurzen Bemerkungen sollen verdeutlichen, daß die Auseinandersetzungen um die Rüstungspolitik und auch eine eventuelle Rüstungskonversion Bewußtseinskomponenten beinhalten, die es aktiv zu beeinflussen gilt. Die Struktur und Organisation industrieller Gesellschaften befördern allerdings Passivität und begünstigen psychologische Mechanismen, die auch zur Abreagierung an Feindbildern führen (hierzu vgl. insbesondere Fromm, E., 1955, 1976, 1961) Kurz: Die Arbeiter- die Friedens- und die Ökologiebewegung, die sich mit Rüstungs- und Produktionskonversion sowie Alternativproduktion befassen, sind eine positive und aktive Erscheinung unserer Zeit, die eine neue gesellschaftliche Perspektive aufzeigen könnte. *„Die Rettung der Welt hängt nur von dem Individuum ab, dessen Welt sie ist. Zumindest muß jedes Individuum so handeln, als ob die gesamte Zukunft der Welt, der Menschheit selbst, von ihm abhinge. Alles andere ist ein Ausweichen...“* (Weizenbaum, J., 1978, S. 348).

### **3. Technologische Möglichkeiten zur Umstellung der Rüstungsproduktion**

In der Rüstungskonversionsdebatte wird ein Schwerpunkt der Argumentation auf die technologischen Möglichkeiten der Umstellung der Produktion und die sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen gelegt, da Rüstungsproduktion Nachteile für die gesellschaftliche Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen nach sich zieht. Die technische Möglichkeit der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion wird durch nichts besser belegt als durch historische Beispiele, auch wenn diese häufiger in die falsche Richtung erfolgt sind. Wenn sich ein Unternehmen innerhalb kurzer Zeit vom Lokomotivbau auf den Panzerbau umstellen kann, so ist nicht einzusehen, warum dieser Prozeß nicht

umzukehren sein sollte. Der Umbau dieser Produktion, die Herstellung sozial nützlicher anstelle militärischer Güter, ist in der Geschichte der Belegschaften vollzogen worden, und zwar meist als Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen oder Notsituationen. In Amerika wurden nach dem Zweiten Weltkrieg die Rüstungsausgaben von 80 auf 14 Mrd Dollar gekürzt und 18 Mio Menschen aus den Streitkräften und der Rüstungsindustrie entlassen – trotzdem gab es 1947 lediglich 2 Mio Arbeitslose. In Deutschland ist es dem Demobilmachungsamt nach dem 1. Weltkrieg gelungen, ein Großteil der 40 000 an der Rüstungsproduktion beteiligten Betriebe zur Herstellung ziviler Güter zu bewegen, u.a. mit Hilfe der Vergabe von Großaufträgen durch die Reichsbahn. Die ehemalige kaiserliche Torpedowerkstatt Friedrichsort, heute in die Krupp MAK Kiel eingegangen, baute u.a. Dieselmotoren und Diesellokomotiven anstelle von Kampfschiffen und Waffen, und bei Krupp wurden statt Panzerplatten und Granaten Bagger, Müllwagen, Lokomotiven und Spinnmaschinen hergestellt. Nach dem zweiten Weltkrieg war es den Belegschaften häufig gelungen, durch eine schnelle Umstellung auf zivile Produktion die drohende Demontage zu vermeiden. Das während des Krieges wieder ausschließlich mit der Rüstungsproduktion beschäftigte Werk in Friedrichsort stellte sich erneut um und baute u.a. Diesellokomotiven, Dieselmotoren, Traktoren, Gewinde und Winden (vgl. Bouwer 1981). Diese Beispiele aus Phasen des Wiederaufbaus werden sich unter heutigen Bedingungen zwar kaum wiederholen, belegen aber die technologischen Möglichkeiten der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion.

Bei Krupp in Kiel spielt inzwischen der Panzerbau wieder die entscheidende Rolle, und nur die Initiative der Belegschaft und des Arbeitskreises Alternative Fertigung konnte den geplanten völligen Ausstieg aus dem Lokomotivbau bremsen. Bei VFW in Bremen waren es Ingenieure, die nach dem Abbruch der Arbeiten am Senkrechtstarter VAK 191 sogar relativ luftfahrtferne Produktlinien aufgebaut haben, wie z.B. die Herstellung von Schiffssimulatoren. Tatsächlich gibt es kaum Produkte, die ein Luftfahrtkonzern wie Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) nicht entwickeln und produzieren könnte. Darauf weist die umfangreiche Produktpalette hin, die von Solar- und Windkraftwerken über medizinische Geräte bis zu Magnetbahnsystemen reicht – von der Bundesregierung werden aber fast ausschließlich militärische Aufträge erteilt. Was spricht denn dagegen, eine zivile Version des ferngesteuerten Unterwasser-Minensuchgerätes "Pinguin" zu bauen, die z.B. zur Rohstoff- und Nahrungsmittelgewinnung aus dem Meer oder zu Unterwasser-Reparaturarbeiten eingesetzt werden könnte? Warum werden denn auf den Werften nicht anstelle von Fregatten noch mehr Fernheizsysteme und Recyclinganlagen, Meerwasserentsalzungsanlagen und Forschungsschiffe hergestellt? Diese Bemerkungen machen deutlich, daß die technologische Umstellung von militärischer Produktion nicht das wesentliche Problem darstellt, zumal in der deutschen Rüstungsindustrie mit 200 - 300 000 Personen nicht mehr als 2 - 3 % der Beschäftigten des produzierenden Gewerbes beschäftigt sind.

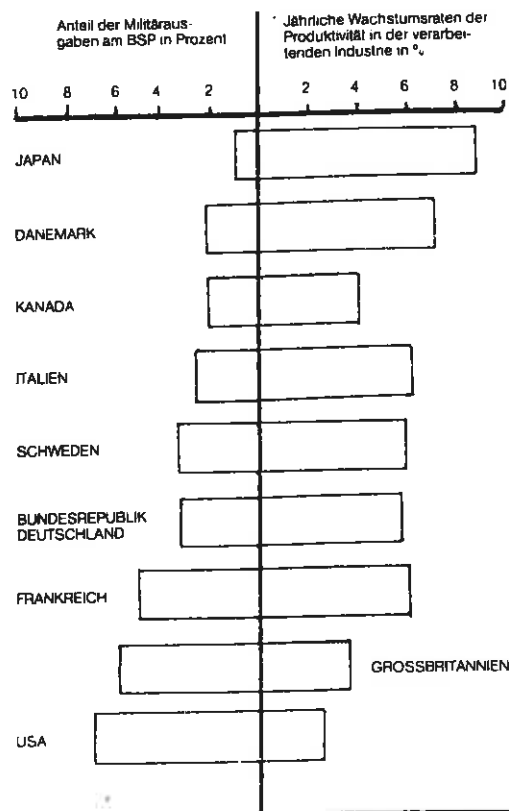
#### **4. Wirtschaftliche Auswirkungen der Rüstungsproduktion**

Die Argumentation, daß Rüstungsproduktion für die zivile Produktion einen hohen Nutzen erzielt, erweist sich bei näherer Untersuchung als falsch. Gezielte Forschungsprozesse

in zivilen Bereichen sind effektiver. Zivilprodukte, die sich aus der Rüstungsproduktion ableiten, sind nur "Abfallprodukte" (Mehrens, K., Wellmann, C., 1980). Die Produktionstechnologie ist in bestimmten Bereichen der Rüstungsindustrie sehr hoch entwickelt, da der Staat sämtliche Kosten erstattet und einen Gewinn garantiert. Somit können Produktionsverfahren getestet werden, die später in zivilen Bereichen mit hohen Rationalisierungseffekten eingesetzt werden. Ein Beispiel dafür ist die weitgehend automatisierte MRCA-Tornado-Produktion bei MBB in Augsburg, die sogar "Insider" als "Spielzeug technologischer Phantasten" (Manager-Magazin 1/82) bezeichnen. Die Rüstungsproduktion findet auch in Unternehmen statt, die von staatlichen Aufträgen stark abhängig sind (z.B. LRI), dadurch sind die Arbeitsplätze bei dem Auslaufen von sogenannten "Rüstungszyklen" stark gefährdet. Als Beispiele seien hier das Auslaufen der Produktion des Leopard II und des MRCA Tornados genannt. Zudem finden im Unternehmen Spezialisierungen statt, die ein Ausweichen auf andere Märkte u.U. schwierig machen.

Weiterhin erfolgt durch die Rüstungsproduktion langfristig eine Verschiebung der Industriestruktur. Hochwertiges "know how" und Kapital wird in "unproduktive" Bereiche abgezogen und fehlt in den zivilen Branchen. Ein Indiz dafür kann der Zusammenhang von hohen Rüstungsausgaben und niedriger Produktivität einer Volkswirtschaft sein. Dies trifft für die USA, England und Frankreich zu, wogegen Japan und Dänemark hohe Produktivitätskennziffern haben.

### Militärische Belastung und Produktivität (1960 - 1978)



aus: Albrecht, u.u.a. 1982

Politische Risiken gefährden die Arbeitsplätze im Rüstungsexport. Während des Falkland-Krieges war z.B. die Lieferung von Fregatten nach Argentinien bei Blohm und Voss Hamburg gefährdet und bei Nichtabnahme wäre das Unternehmen in Konkurs gegangen. Diese Abhängigkeiten lassen sich nur mildern, wenn sukzessive dazu übergegangen wird, den Rüstungsanteil der Unternehmen drastisch zu reduzieren (z.B. auf 30% des Umsatzes wie in Schweden).

Das Argument, daß die Rüstungsproduktion Arbeitsplätze sichert ist in einer kurzgegriffenen Form wohl richtig. Vergleicht man jedoch die Wirkung von Staatsausgaben im militärischen Bereich mit denen in anderen Branchen, so erkennt man deutlich, daß wesentlich mehr Arbeitsplätze für die gleiche Summe Geld in zivilen Bereichen geschaffen werden können. Durch eine 1Mrd Dollar zusätzlich Nachfrage könnten nach dem Büro für Arbeitsstatistik in den USA folgende Anzahl an Arbeitsplätzen geschaffen werden:

In der Rüstungsindustrie	75 710	
Im privaten Verbrauch	112 363	(+ 48,3 %)
Im Bausektor	100 072	(+ 32,2 %)
Im Transportwesen	92 071	(+ 21,6 %)
Im Maschinenbau	86 114	(+ 13,7 %)
Im Gesundheitswesen	138 939	(+ 83,5 %)
Im Erziehungswesen	187 299	(+ 147,4 %)
In der staatlichen Verwaltung	86 977	(+ 14,9 %)

*(Bureau of Labor statistics) zitiert nach Huffschmidt, J. 1981*

Daß bei diesem Vergleich die personalintensiven Bereiche positiver abschneiden, erscheint logisch. Daß jedoch auch der Maschinenbau und das Transportwesen höhere Beschäftigungseffekte ausweisen, hängt mit den beschriebenen Besonderheiten der Rüstungsindustrie zusammen. Nur das bewußte Verschweigen der oben angedeuteten Fakten verleiht dem Scheinargument "Rüstung schafft Arbeitsplätze" noch öffentliche Wirkung.

##### **5. Gewerkschaften zu Abrüstung und Frieden**

Die Gewerkschaften haben sich auf ihren Gewerkschaftstagen immer zur Friedenspolitik und Abrüstung bekannt. Die Diskussion um Abrüstungspolitik und Arbeitsplatzsicherheit trifft insbesondere die IG Metall. In ihrem Organisationsbereich befinden sich ca. 90% der Betriebe, die Rüstungsgüter herstellen. Insofern ist klar, daß die Konflikte auch in dieser Gewerkschaft ausgetragen werden. Intern gab es 1976/77 Auseinandersetzungen mit dem "Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen" um die Lockerung von Rüstungsexportbestimmungen. Dieser Arbeitskreis von Betriebsräten aus Rüstungsunternehmen forderte, "wenn der Bund vorübergehend die Kapazitäten nicht auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füllaufträgen aus Nichtspannungsgebieten zulassen, wobei der Begriff Spannungsgebiet nicht mehr so eng auslegt werden dürfe wie in der Ver-

*gangenheit.*“ Diese Initiative wurde vom Beirat der IG Metall 1977 “eindeutig verurteilt und ist als im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen stehend gekennzeichnet worden.“ Die IG Metall entwickelte deshalb ihre Forderungen weiter, sie “wendet sich aus politisch-moralischen Gründen gegen die Lockerung“ der Rüstungsexportbeschränkungen und befürwortet eine “konsequente Abrüstung im Zuge der weltweiten Entspannung”.

- Konkret fordert die IGM eine langfristige Planung der Beschaffung, damit die Produktionszyklen von Waffensystemen nicht mit einem Auf- und Abbau der Beschäftigung von Arbeitnehmern einhergeht.
- Die vorhandenen Rüstungskapazitäten sollten nicht ausgebaut werden und staatlichen Auflagen sollten die Abhängigkeit der Unternehmen von Rüstungsaufträgen vermindern, in dem nennenswerte Anteile ziviler Produktion aufrecht erhalten oder neu erschlossen werden. Dies gilt insbesondere für die Luft- und Raumfahrtindustrie, aber auch für einzelne Werften.
- Durch die freiwerdenden Mittel im Rüstungshaushalt könnten die Arbeitsplätze in den Rüstungsbetrieben für andere Bereiche öffentlicher Nachfrage gesichert werden. Ein öffentlicher Bedarf mit hochentwickelter Technologie wird u.a. im Umweltschutzbereich gesehen.

Diese Position des Beirats der IGM von 1977 wurde 1980 auf dem Gewerkschaftstag bestätigt. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Rüstungsproduktion keine Beschäftigungssicherheit biete. Das Vollbeschäftigungsziel sei kein Hinderungsgrund für die Abrüstungspolitik. Die Rüstungskonversionsvorstellungen sollen auf dezentraler, d.h. auf Unternehmensebene formuliert werden. Die zu gründenden **Umstellungsausschüsse** sollen unter Arbeitnehmerbeteiligung Produktionsumstellungen langfristig vorbereiten und konkrete Produktionsmöglichkeiten erschließen.

Diese Forderungen implizieren eine Mitgestaltung einerseits der Interventionspolitik eines Unternehmens und richten sich andererseits auf eine Formulierung öffentlicher Bedarfssfelder, für die produziert werden soll (Beschuß des Gewerkschaftstages der IGM 1980). Auch der DGB fordert im Rahmen eines qualitativen Beschäftigungsprogramms eine Reduzierung des Rüstungshaushaltes und eine Umstellung der Rüstungswirtschaft in Kombination mit einer vorausschauenden Strukturpolitik (vgl.: Wirtschaftspolitische Informationen des DGB 4/82). Die IG Metall definiert eine Strategie zur Konversionspolitik, die die Arbeitskreise zur alternativen Fertigung in den Unternehmen mit einbezieht. Die Ziele erläuterte Frank Reichmüller von der Bezirksleitung der IG Metall Hamburg auf einer Pressekonferenz im Juni 1982. Danach gilt es u.a. bei den Belegschaften der Großbetriebe, das Bewußtsein zu fördern, daß Rüstungsproduktion keine Dauerarbeitsplätze schafft und daß es Alternativen gibt, und die Unternehmensleitungen unter Druck zu setzen, sich Gedanken über sozial nützliche Produkte zu machen und die Rüstungsproduktion abzubauen.

Die Vertreterversammlung des IGM Bremen brachte für den 14. Gewerkschaftstag einen Antrag zur Rüstungsdebatte und Alternativproduktion ein, der im wesentlichen fünf Punkte enthält:

- 1) Die Senkung des Rüstungsanteils der einzelnen Unternehmen.
- 2) Die Einsetzung von Umstellungsausschüssen in den Rüstungsunternehmen.
- 3) Die Einrichtung von Arbeitskreisen "Alternative Fertigung" auf Ortsverwaltungsebene.
- 4) Die Einrichtung von Kooperationen mit Hochschulen zur alternativen Fertigung.
- 5) Die Vergesellschaftung von Rüstungsunternehmen (vgl. Anhang).

Klaus Mehrens, Leiter der Grundsatzabteilung beim IGM-Vorstand, betont die Wichtigkeit konkreter Produktionsvorschläge, "damit die eigenen Leute Abrüstungsbeschlüsse auch ernst nehmen".

### **6. Betriebliche Initiativen zur Produktkonversion**

Diese Positionen sind jedoch nicht nur auf Gewerkschaftstagen beschlossen und zu den Akten gelegt worden. Insbesondere im norddeutschen Bereich haben sich Betriebsräte, Vertrauensleute und Kollegen in Rüstungsunternehmen zusammengeschlossen und Arbeitskreise zur "Alternativen Fertigung" gegründet. Im folgenden wird nur auf die Arbeitskreise in Rüstungsbetrieben eingegangen, nicht auf die Arbeitskreise zur Alternativen Fertigung z.B. bei Voith in Bremen und Olympia Leer (inzwischen gescheitert).

Die bekanntesten Arbeitskreise sind Blohm und Voss Hamburg, VFW/MBB Bremen und MAK (Krupp)-Kiel, in letzter Zeit gründeten sich ebenfalls Arbeitskreise bei HDW-Hamburg und Kiel. Der Arbeitskreis bei Blohm und Voss Hamburg wurde als erster gegründet (vgl. Schmors, U. 1982; Schütt, B. 1982).

- Die Konzentration der Arbeitskreise im norddeutschen Raum liegt auch an der Zusammenballung der Rüstungsindustrie in dieser Region. Allein in Bremen arbeiten ca. 5 000 Arbeitnehmer in der Rüstungsproduktion. Bei Blohm und Voss Hamburg sind von ca. 6 000 Beschäftigten 50% im Bereich Rüstung (Fregattenbau, Leopard II u.a.) tätig, womit 70% des Umsatzes erzielt werden. In Bremen werden bei VFW/MBB in erster Linie der MRCA Tornado und andere Militärentwicklungen (Kleinflugkörper/Marinetechnik) hergestellt; von den ca. 4 600 Beschäftigten arbeiten ca. 50% an Rüstungsprojekten.
- Die Arbeitslosigkeit ist im norddeutschen Raum überdurchschnittlich hoch. Vor allem die Werften befinden sich in einer Strukturkrise: in den Jahren von 1975 bis 1981 wurden fast 30% aller Beschäftigten im Schiffbau entlassen und in Bremen lag die Quote noch höher. In der Luft- und Raumfahrtindustrie stehen u.a. durch das Auslaufen des MRCA-Tornados am Ende der achtziger Jahre Massenentlassungen in der Produktion an, die Entwicklungsingenieure sind z.Zt. bereits ohne Arbeit. Im Airbus-Programm wird u.a. auf Geheiß der Bundesregierung stark rationalisiert. *"Insbesondere sind die im größeren Unternehmensverbund MBB/VFW gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten unverzüglich, konsequent und voll auszunutzen, um eine wirtschaftlich und international wettbewerbsfähige Unternehmensstruktur zu erzielen"* (Bericht zur Luft- und Raumfahrtindustrie). MBB will bis 1987 die Belegschaft um 20% verringern, d.h. von ca. 38 000 auf 31 000.

Angesichts einer Arbeitslosenquote von z.T. weit über 10% ist die Chance, nach einer

Entlassung neue Arbeit zu finden, gering. Für die Gewerkschaft heißt das, um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Ein weiteres Schlüsselerlebnis, das zur Gründung der Arbeitskreise geführt hat, war für alle aktiven Kollegen der Streik der HDW-Arbeiter in Kiel für den Bau der U-Boote für Chile. In diesen Zugzwang möchten nicht viele Gewerkschafter kommen: "Da wollen wir nicht in die Situation kommen, daß wir nach zusätzlicher Rüstungsproduktion schreien müssen", so der Betriebsratsvorsitzende Hettling von VFW Bremen. Eine eindeutige Zuordnung, ob die Arbeitskreise als Kampfformen für die Rüstungskonversion oder zur Sicherung der Arbeitsplätze gegründet wurden, ist nicht möglich. Die Grundsatzklärungen der IGM-Arbeitskreise von Blohm und Voss und VFW-Bremen geben eine Palette von Gründen an, die bereits vorne genannt sind und betonen den Anspruch, sozial nützliche Dinge unter humanen Arbeitsbedingungen zu produzieren.

An diesem Punkt wird versucht, auch traditionelle Gewerkschaftspolitik weiter zu entwickeln, in dem man sich um die "Verwendung" der Produkte Gedanken macht.

*"In diesen Arbeitsgruppen wollen wir Produktvorschläge erarbeiten, die gesellschaftlich sinnvoll sind. Dazu gehört auch die Entwicklung von Methoden, mit denen diese Produkte hergestellt werden, d.h. Methoden zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen"* (Grundsatzklärung des A.K. Alternative Fertigung bei VFW/MBB). Sozial nützliche Produkte sind in der Regel Produkte, die vom kapitalistischen Markt nicht verlangt werden. Dieser Begriff soll hier weit gefaßt werden, da jeder Arbeitskreis unterschiedliche Bewertungen vornimmt. In der Regel geht es um den Erhalt der Arbeitsplätze, weil Rüstungsprogramme auslaufen und die Unternehmen als Reaktion nicht in andere Märkte gehen. Es geht auch um Produkte, die sozial nützlich und ökologisch verträglich sind. Dabei werden die derzeitigen Produktionsformen kritisiert und humane und hierarchiefreie Arbeitsformen sowie der Erhalt der Qualifikation gefordert. Die derzeitige Krise ist in vielen Bereichen eine Überproduktionskrise, eine Marktsättigung ist in vielen Branchen der Massenproduktion und des -konsums gegeben. Es gibt jedoch breite Schichten mit ungedecktem, insbesondere gesellschaftlichem Bedarf. Von der "neuen Armut" in der BRD durch die Krise sei hier nicht zusätzlich gesprochen. Die Umweltzerstörung durch industrielle Produktion und die Verschleuderung der natürlichen Ressourcen sind Hauptpunkte, durch die sich Industrienationen zur Zeit ihre eigenen Lebensgrundlagen entziehen. Alternative Energietechnologien, neue Verkehrssysteme, unsere Städte wieder wohnlicher machen, Recycling und anderes sind die Stichworte, die die kapitalistische Investitionsrichtung infrage stellen.

In der Literatur werden im Zusammenhang mit dem Beispiel Lucas-Aerospace in England oft die betrieblichen Initiativen in der Bundesrepublik mit Hoffnungen und Euphorie überfrachtet. Bei diesen Diskussionen wird oft von den Arbeitern, der Belegschaft als gesamtes Kollektiv gesprochen, das alle Probleme gelöst hat. Die Wirkung der Arbeitskreise "Alternative Fertigung" können nur begrenzt sein, da sie aktiv von relativ kleinen Gruppen getragen werden, deren politische Positionen zudem oft unterschiedlich sind. Auch der fast 10jährige Kampf bei Lucas war von innergewerkschaftlichen Spannungen geprägt und es gab sogar Spaltungen des Komitees (vgl. Wellmann, C., 1981, Wainwright, 1982) Der Alternativplan von Lucas erhielt 150 Produkte, an deren Konzeption die



Arbeiter beteiligt waren. Das Management hat sich bis heute geweigert, an der Entwicklung dieser Produkte arbeiten zu lassen und es sogar geschafft, den Sprecher der Vertrauensleute, Mike Cooley, zu entlassen.

Die Arbeitsgruppen sind für viele Hoffnungsträger für eine Umgestaltung der industriellen Produktion, die aber nicht kurzfristig realisiert werden können. Die relativ breite Presse und Diskussion über die Arbeitsgruppen kann eine Modeerscheinung sein, man berichtet und diskutiert gerne etwas Neues und besonders dann, wenn es um "Arbeiter" geht. Bei aller Mobilisierung der Öffentlichkeit muß davon ausgegangen werden, daß die Arbeitskreise nur langfristig Wirkung erzielen können. Mit der täglichen Aufklärungsarbeit im Betrieb steht und fällt das Experiment, gesellschaftsverändernd zu wirken.

Die Produktvorschläge beispielsweise bei Blohm und Voss knüpfen an vorhandenes betriebliches know how an. Die Arbeitsgruppen befassen sich mit Windrotoren (Wagner-Rotor) und regionalen Energiekonzepten für Hamburg. Hier wurden detaillierte Vorschläge zur dezentralen Energieversorgung vorgelegt, die den Kriterien einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Energieversorgung entsprechen.

Bei VEW wird schwerpunktmäßig an drei Bereichen gearbeitet, der Medizintechnik, dem Luftschiffbau und der Energietechnik.

### **7. Der Arbeitskreis der IG-Metall bei VFW/MBB-Bremen**

Bei VFW/MBB in Bremen wurden die betrieblichen und gesellschaftspolitischen Probleme von den Gewerkschaftern besonders intensiv im Rahmen einer langjährigen betriebsnahen Bildungsarbeit gemeinsam mit Wissenschaftlern aus dem Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer diskutiert. Die Arbeitsplatzbedrohung der Arbeitnehmer durch die Folgen von Krise und Rationalisierung sowie das gewerkschaftliche Interesse an nichtmilitärischer Produktion haben im März 1982 zur Gründung eines betrieblichen Arbeitskreises "Alternative Fertigung" der IG-Metall-Vertrauensleute geführt, der Vorschläge für die Umstellung der Produktion auf sozial nützliche Güter diskutiert. Die Mitglieder des Arbeitskreises kommen aus der Produktion, der Entwicklung und dem kaufmännischen Bereich – es sind Arbeiter, Techniker und Ingenieure sowie Kaufleute engagiert; insgesamt haben schon über 100 Kollegen an Sitzungen des Arbeitskreises teilgenommen. Im Dezember 1982 wurde vom Arbeitskreis Alternative Fertigung, der Vertrauenskörperleitung der IG-Metall und dem Betriebsrat von VFW/MBB Bremen eine Befragung der Belegschaft (vergl. die ausführliche Auswertung in Einemann/Lübbing 1983) durchgeführt. Ziel war es, sowohl einen Überblick über die Krisen- und Rationalisierungsbetroffenheit der Kollegen zu bekommen als auch die Phantasie der Beschäftigten im Hinblick auf mögliche alternative Produkte zu aktivieren. Der Fragebogen wurde auf einem Wochenendseminar gemeinsam erarbeitet, von den Vertrauensleuten der IG-Metall im Betrieb verteilt und wieder eingesammelt. Die erste Auswertung erfolgte in einem Wochenseminar Anfang 1983; die Ergebnisse wurden im Betrieb veröffentlicht und unter den Vertrauensleuten, im Arbeitskreis und mit der Belegschaft diskutiert.

Ein wichtiger Effekt der Befragung besteht in der "indirekten" Aktivierung der Belegschaft, die mit dem Ausfüllen des Fragebogens und bei der Diskussion der Ergebnisse

zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit den betrieblichen Problemen und möglichen gewerkschaftlichen Alternativen angeregt wird. Man kann von einer Einheit aus betriebsnaher Bildungsarbeit, Belegschaftshandeln im Betrieb und einer von den Beschäftigten selbst geplanten und durchgeführten Forschungsarbeit sprechen.

Von 3 500 verteilten Fragebögen wurden 400 ausgefüllt zurückgegeben, (wobei die kaufmännischen Angestellten und die Unorganisierten unterrepräsentiert waren). Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung ist darin zu sehen, daß zwei Drittel der Befragten des Rüstungsbetriebes VFW/MBB erklärten, daß sie lieber an zivilen statt an militärischen Produkten arbeiten würden. Nur 2% zogen militärische Aufträge vor – "wegen der Arbeitsplatzsicherheit", wie einzelne Befragte ausdrücklich notierten. Von den Beschäftigten, denen die Herstellung ziviler oder militärischer Güter "völlig egal" war, wurde z.T. zur Erläuterung darauf hingewiesen, daß es ihnen gleichgültig sein muß, was sie produzieren, denn "sonst übernimmt MBB in Ottobrunn diese Arbeit alleine".

Man muß feststellen, daß Rüstungsbeschäftigte in gar keiner Weise ein Interesse an der Herstellung militärischer Produkte haben und lieber zivile und sozial nützliche Güter produzieren würden – die Gleichgültigkeit in dieser Frage ist häufig genauso Resultat einer materiellen Zwangssituation wie die artikulierte Forderung nach Rüstungsaufträgen, d.h. Ausdruck einer existenziellen Notsituation, in der die einzige Alternative "Arbeitslosigkeit" lautet. (Fehlende konkrete Alternativen der Arbeiterbewegung sind eine zentrale Rahmenbedingung für die Bereitschaft der Arbeiter, konservativen Krisenlösungsansätzen zuzustimmen, vergl. Einemann 1982.)

Das Hauptproblem der Beschäftigten bei VFW/MBB ist der drohende Arbeitsplatzabbau; die Abwendung von negativen Rationalisierungsfolgen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist zwar auch ein Ziel des Arbeitskreises Alternative Fertigung (so fordert er in seiner Grundsatzerklärung "Methoden zur Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen"), zunächst stehen aber Überlegungen zur Beschäftigungssicherung im Mittelpunkt. Der Arbeitskreis und seine Aktivitäten wurden – zumindest von den 400 Kollegen, die auf die Befragung geantwortet haben – eindeutig im Betrieb getragen: der Arbeitskreis wurde von über 90% positiv beurteilt, über 80% waren zu seiner Unterstützung bereit und 50% wollten sogar in ihm mitarbeiten. Die Bereitschaft zur Mitarbeit an zivilen Projekten ist bei den befragten Technikern und Ingenieuren mit 61% besonders hoch. Die Angaben der Befragten über ihre besonderen Interessensfelder in bezug auf eine Alternative Fertigung zeigen, daß durchaus der Versuch gemacht wurde, gesellschaftliche Problembereiche mit vermutbarem Bedarf und die Produktionsmöglichkeiten von VFW/MBB in einen Zusammenhang zu bringen. Zu denken geben sollte, daß immerhin 50% der Arbeiter ihr ausdrückliches Interesse für die Arbeit der Arbeitsgruppe Umweltschutztechnologie bekundeten – damit kann sich durchaus andeuten, daß der vielzitierte Gegensatz von Arbeiter- und Umweltschutzbewegung zumindest in der behaupteten Form nicht besteht und ganz im Gegenteil das "Umweltbewußtsein" in der Arbeiterschaft außerordentlich hoch ist. Das bei den Arbeitern und bei den Mitgliedern der IG Metall überdurchschnittlich hohe Interesse an neuen Arbeitsschutz-

techniken läßt sich als Indiz für den erheblichen Humanisierungsbedarf in den Betrieben interpretieren, auch wenn zu diesem Bereich kein einziger konkreter Produktionsvorschlag vorgetragen wurde.

Die große Sympathie für den Arbeitskreis, die Bereitschaft zur Mitarbeit und das Interesse an einzelnen Projektgruppen setzte sich nur bei wenigen Befragten in der Benennung konkreter Produktideen fort. Lediglich 8% bzw. 31 VWF/MBB-Beschäftigte haben den Fragebogen dazu benutzt, dem Arbeitskreis bestimmte Vorschläge zu machen. Die Antworten dieser Gruppe waren dadurch gekennzeichnet, daß sie in der Regel Hinweise auf mehrere Produkt-Alternativen enthielten: Insgesamt gab es 74 Nennungen, davon 47 unterschiedliche. Unter Einschluß der schon im Arbeitskreis Alternative Fertigung entwickelten Ideen kann man davon sprechen, daß Anfang 1983 insgesamt 62 Projekte in der Diskussion sind (Anhang 1).

Die insgesamt geringe Beteiligung an der Befragung kann (neben einer Gegenpropaganda durch Vorgesetzte und "unabhängige" Betriebsräte) eine zentrale Ursache darin haben, daß eine Reihe von zivilen Projekten schon im Konzern bearbeitet und z.T. bereits wieder eingestellt worden sind (wie z.B. die Sonnen- und Windtechnologie bei Erno in Bremen) und das Hauptproblem weniger in der Entwicklung von Ideen und mehr auf der Ebene der Durchsetzungsmöglichkeiten gesehen wurde. In einzelnen Notizen wurden trotz der artikulierten Bereitschaft zur Mitarbeit auch Zweifel an den Erfolgsaussichten angemeldet, die sich neben der Frage nach der Finanzierung von Entwicklungsarbeiten vor allem auf die Durch- und Absetzbarkeit der zivilen Produkte bezogen.

Daß für die Durchsetzbarkeit von Produktvorschlägen im Unternehmen eine wesentlich erweiterte Mitbestimmung der Beschäftigten und Vergesellschaftung nötig sind, deutete ein Arbeiter an:

*"Ich glaube, daß Ihr noch nicht wißt, wer in diesem Staat die Produktionsmittel besitzt. Es nützen überhaupt nicht die schönsten Vorschläge der Alternativen Fertigung, wenn wir sie nicht durchsetzen können. Wir haben keine Mitbestimmung!"*

Darüber hinaus werden sicherlich auch öffentliche Aufträge nötig sein, um sozial nützliche Produkte abzusetzen — das können kommunale Aufträge ebenso sein wie solche der Bundesregierung aus frei werdenden Rüstungsgeldern.

## **8. Rüstungskonversion und gewerkschaftliche Strategie**

Die gewerkschaftsorientierte Debatte um die ökonomischen und politischen Wirkungen von Aufrüstung und Rüstungskonversion zeigt im wesentlichen in folgende Richtung:

- Die Arbeitskreise "Alternative Fertigung" werden gewerkschaftlich gestützt, weil sie die Friedens- und Abrüstungsdiskussion für die Kollegen konkretisieren. Auf der Basis unternehmensbezogener Kenntnisse können konkrete Produktvorschläge für eine sinnvolle Produktion erarbeitet werden.
- Die Arbeitskreise sind Mitbestimmungsformen "von unten". Durch die konkrete Arbeit eignen sich die Kollegen Kompetenzen an. Sie verlangen eine Mitsprache über die Produktion. Die Trennung von Produzenten und Konsumenten in der kapitalistischen Gesellschaft wird dadurch in Frage gestellt.

- In der gewerkschaftlichen Diskussion ist die Rüstungskonversion eingefügt in eine wirtschaftspolitische Strategie des qualitativen Wachstums und der sozial nützlichen Innovation.

Diese Punkte machen deutlich, daß einzelne betriebliche Initiativen ihre Vorstellungen nicht einfach durchsetzen können, außer wenn Produktvorschläge in ein (zukünftiges) Managementkonzept passen und Produktdiversifikation – vielleicht bei knappem öffentlichen Geld – ins Unternehmenskonzept paßt. Dabei kann jedoch die Gefahr aufkommen, daß der Arbeitskreis der Gewerkschafter zu einem Teil des betrieblichen Vorschlagswesens reduziert wird.

Die technologischen und ökonomischen Probleme scheinen auf der Ebene eines Unternehmens bei entsprechender staatlicher Nachfrage (Subventionierung) noch lösbar zu sein. Die gesellschaftlichen Probleme, ganz abgesehen von der Macht der an der Rüstungsproduktion interessierten Konzerne, liegen aber auch auf der Ebene des Bewußtseins. Die Rüstungs- und Produktkonversionsvorstellungen müssen als gesellschaftliche Alternative zur konservativen Markt- und Aufrüstungsideologie plausibel sein. Für die Arbeitskreise beginnen die Schwierigkeiten schon bei der Überzeugung der Kollegen im Unternehmen. Allerdings kann oft der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verdeutlicht werden, wenn die Kollegen gesellschaftlich sinnvoll Produktvorschläge entwickeln, die dann aus Gründen konzernstrategischer Natur nicht produziert werden.

Der Anspruch, sozial nützliche Produkte zu entwickeln, kann durchaus mit dem existentiellen Bedürfnis nach der Arbeitsplatzsicherung kollidieren. Es werden auch Produktvorschläge diskutiert, die nicht allen Kriterien der sozialen Nützlichkeit genügen oder unter ökologischen Gesichtspunkten zumindest zu problematisieren sind, wie etwa beim Meeresbergbau.

Die Produktvorschläge zeigen teilweise in sogenannte Marktnischen oder setzen auf Märkte, in denen bereits andere Unternehmen agieren. Bei stagnierendem Aufnahmevermögen muß es zu Verdrängungswettbewerb führen, nur bei expandierenden Märkten könnten zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen werden. So haben sich beispielsweise auf dem "Weltmarkt" für Meerwasserentsalzungsanlagen japanische Firmen durchgesetzt, obwohl vor Japan deutsche Firmen in der Entwicklung führend waren. Ein Eindringen in diese Märkte müßte Arbeitslosigkeit exportieren oder neue Märkte erschließen, die auf dem Gebiet des kollektiven Bedarfs liegen müssen (vgl. Beschäftigungsprogramm des DGB). Produktionsmöglichkeiten, die auf andere Produktions- und Absatzstrukturen zielen, bedingen eine Entwicklungspolitik, die auf eine spezifische nationale und regionale Autonomie hinauslaufen.

## **9. Für politische Entscheidungen zum qualitativen Umgestalten**

Es geht um politische Prioritäten-Entscheidungen und nicht um militärische oder technologische Sachzwänge. Das vorhandene "Know How" z.B. in den Bereichen Energie- und Verkehrstechnologie reicht aus, um die Rohstoffreserven zu schonen, Risiken zu vermeiden und eine sinnvolle Beschäftigung zu schaffen. Der Bau z.B. von Heiz-

kraftwerken und Fernwärmenetzen wäre nicht nur erheblich risikoloser, sondern auch wesentlich arbeitsintensiver als der Bau von Atomkraftwerken. Anstelle von Panzern könnten z.B. Bulldozer, Schneepflüge, Raupen, Industriefahrzeuge, Werkzeugmaschinen und Notarztwagen produziert werden. Heute haben Belegschaften, Betriebsräte, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen allerdings keine Möglichkeiten, die Herstellung bestimmter Produkte in den Unternehmen durchzusetzen: hierzu wären eine erweiterte Mitbestimmung in Betrieben und Konzernen mit Initiativrechten für die Belegschaft und Vergesellschaftungen erforderlich. Mehr Menschlichkeit in Betrieben und Verwaltungen, im Gesundheitswesen und in den Städten setzt ohnehin mehr Entscheidungsrechte für die betroffenen Kollegen und Bürger an der 'Basis' voraus, sei es in Form von Mitbestimmung am Arbeitsplatz oder in Form von kommunaler Organisation. Die Umstellung der Industrie auf sozial nützliche, von Menschen handhabbare und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Produkte setzt politische und gesellschaftliche Entscheidungen voraus, die dem kapitalistischen Rentabilitätsprinzip und den Aufrüstungstendenzen einen Teil ihres 'Operationsfeldes' entziehen. Das bedeutet konkret, daß auf der einen Seite aktive Gruppen innerhalb und außerhalb der Betriebe ihre Interessen vertreten und miteinander diskutieren müssen, wobei konkrete Projekte gemeinsam entwickelt werden können. Auf der anderen Seite müssen aber zentrale politische Weichenstellungen erfolgen: staatliche Gelder müssen gezielt in Bereiche des sozialen Bedarfs und auf 'menschliche Produkte' gelenkt werden, so daß auch die zwar erforderlichen, aber über den Markt nicht gewinnträchtig finanzierbaren Schritte unternommen werden können. Kein Betrieb und keine Belegschaft kann es sich leisten, staatliche Rüstungsaufträge abzulehnen und sich selbst in die Pleite und die Arbeitslosigkeit 'zu basteln' — aber der Staat kann seine Subventionen statt zur Förderung der Gewinne für sozial nützliche Produkte einsetzen (Fernwärme statt Investitionszulagen) und militärische Aufträge durch zivile ersetzen.

#### **10. Die politische Diskussion beginnt neu**

Vor diesem Hintergrund gewinnt eine politische Diskussion an Boden, die sich über die gewünschte Art und Menge von Produkten Gedanken macht. Heute scheint es möglich, die gemeinsame Arbeit so zu organisieren, daß die elementaren Lebensinteressen der Menschheit befriedigt werden. Das ist die konkrete Utopie der 80er Jahre, die Menschen mit unterschiedlicher Ausbildung und Tätigkeit zusammenführt: Daß der gezielte Einsatz des vorhandenen Produktions- und Dienstleistungspotentials und die gerechte Verteilung des vorhandenen Reichtums eine Welt ohne Hunger und Elend, ohne Arbeitslosigkeit und Krieg möglich machen. Unsere Kernthese ist, daß die massive Verschlechterung der ökonomischen, der politischen und der alltäglich erfahrenen Lage neben einer Stärkung konservativ-autoritärer Tendenzen auch eine Vielzahl von Initiativen, von sozialen Bewegungen und Zusammenschlüssen hervorgebracht hat, bei denen sich im Kampf für ihre Lebensinteressen zunehmend eine gemeinsame Einsicht herausbildet: daß massive politische Eingriffe in die Produktion und Verteilung erforderlich sind und daß nur die Durchsetzung von Alternativen katastrophale Entwicklungen verhindern kann. Wir sehen trotz aller Probleme eine gemeinsame Wurzel

und auch eine gemeinsame Perspektive von Friedensbewegung, Arbeiterbewegung, Umweltschutzbewegung, Solidaritätsgruppen mit der 3. Welt sowie von Teilen der Kirche.

Die **Umweltschutzbewegung** weist nicht nur auf die akute Bedrohung der gesamten Menschheit hin, sondern fordert über den Ausbau der Umweltschutzindustrien hinaus eine Beseitigung der die Umwelt schädigenden Ursachen. Sie kommt dazu zugleich zu Überlegungen in Richtung auf einen völligen Umbau der heutigen Produktions- und Lebensstrukturen mit dem Ziel einer humanen Gesellschaft.

Die **Arbeiterbewegung** sieht sich angesichts niedriger bzw. negativer Wachstumsraten bei gleichzeitigen rasanten Rationalisierungsprozessen vor allem im Gefolge des Einsatzes von Microelektronik massiv durch Arbeitslosigkeit bedroht und fordert eine staatlich initiierte Umsteuerung der Produktion mit dem Ziel eines 'qualitativen Wachstums'.

Auch im Rahmen der **Friedensbewegung** werden die alternativen Produktionsmöglichkeiten z.B. zu den Fregatten, dem MRCA Tornado und dem Kampfpanzer Leopard II untersucht.

Im Umbau der hohen Rüstungsausgaben wird auch der Schlüssel zu einer gerechteren **Weltwirtschaftsordnung** gesehen, in deren Rahmen z.B. das Verhungern von z.Zt. 15 Mio Menschen pro Jahr zu verhindern und damit zugleich der Weltfrieden sicherer zu machen wäre.

Für eine positive Veränderung unserer Gesellschaft müssen die genannten sozialen Bewegungen gemeinsam ihre Interessen formulieren und ökonomische sowie bürokratische Machtstrukturen umsteuern. Gleichzeitig muß es gelingen, eine Veränderung der kulturellen und sozialen Beziehungen bei der Mehrheit der Bevölkerung auszulösen. Nur mit der Mehrheit der Bevölkerung sind qualitative Umgestaltungen unserer Gesellschaft möglich.

Die Diskussion über Alternativen erfolgt vor dem Hintergrund tiefgreifender Krisenprozesse in den kapitalistischen Industriegesellschaften wie z.B.

- der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitslosigkeit und der Organisation der Arbeit,
- ökologischer Probleme, die durch Wachstum und Umweltzerstörung sowie schädliche Produkte (u.a. Rüstung) entstehen und
- nicht zuletzt der Wertewandel, der sich in einem distanzierteren Verhältnis zu industrieller Arbeit und der Form des gesellschaftlichen Lebens (z.B. Vereinzelung) ausdrückt.

Für die Bundesrepublik sehen die Arbeitsmarktprognosen für die nächsten 10 - 15 Jahre pessimistisch aus. Zwischen 1985 und 1990 wird mit 4 - 6 Mio Arbeitslosen gerechnet. Diese Arbeitslosigkeit könnte auf herkömmliche Weise nur durch utopische Wachstumsraten von über 6% verringert werden.

Durch unkontrolliertes Wachstum werden die ökologischen Probleme aber verschärft. Für sinnlose Produkte werden etliche Ressourcen verbraucht, Lebensmittel beispielsweise werden aufgrund industrieller Herstellung vergiftet und/oder mit hohen Subventionen auf dem Müll vernichtet.

Die Bekämpfung der ökologischen und ökonomischen Krise kann national nur über

qualitative Beschäftigungsprogramme und radikale Arbeitszeitverkürzung erfolgen. Weiterhin muß ein Instrumentarium zur langfristigen Struktur- und Technologiepolitik entwickelt werden, das Rahmenrichtlinien konzipiert und dezentrale Steuerungen ermöglicht. Das heißt, wenn beispielsweise dezentrale Programme zur regenerativen Energiepolitik beschlossen werden, muß regional die Möglichkeit gegeben sein, diese zu gestalten. Dies kann bedeuten, daß in bestimmten Gebieten Fernwärmenetze gebaut werden, in anderen die Wind- und Sonnenenergie genutzt wird. Nur so sind Partizipationsmöglichkeiten der Produzenten und Konsumenten möglich und kann verhindert werden, daß Steuermittel zentral für Großtechnologien eingesetzt werden. Es geht darum, regionale Bedürfnisse nach Arbeitsplätzen zu befriedigen und zu einer kommunalen Produktion zu kommen. Dies erscheint möglich, wenn der öffentliche Unternehmenssektor gestärkt und auch regional koordiniert wird (vgl. Einemann, E./Lübbing, E. in: Sozialistische Tribüne 1/83). Über einen starken öffentlichen Unternehmenssektor scheint eine langfristige Strukturpolitik möglich, die durch den gebündelten Einsatz von Ressourcen auch der Arbeitsmarktpolitik – und entsprechender Kooperationsangebote auch auf privatwirtschaftliches Investitionsverhalten initiierend und orientierend einwirken kann. Gleichzeitig bedeutet qualitatives Wachstum eine, wenn auch in beschränktem Maße, Entmonetarisierung der Wirtschaftsprozesse (Binswanger, H.C. u.a. 1980) und einen Wandel hin zur Stärkung des "autonomen Sektors" (Matzner, E. 1982).

Der skizzenhafte letzte Teil des Aufsatzes sollte deutlich machen, daß die gesamte Konversionsdebatte an politische Rahmenbedingungen gebunden ist. Sie muß in erster Linie in eine politische Reformbewegung, die kapitalistische Strukturen verändert, eingebettet sein. Rüstungskonversionsüberlegungen sind erst in zweiter Linie technologische Entscheidungen. Andererseits ist die Entwicklung konkreter Konversionsschritte für die politische Debatte von großer Wichtigkeit, da sie konkrete Utopien gesellschaftlicher Entwicklungsrichtungen angeben, an denen die politische Diskussion zu führen ist.

# **Friedenspolitik - alternative Sicherheit**

**Beiträge u. a. von:**

**Egon Bahr  
Oskar Lafontaine  
Dieter S. Lutz**

**sozialistische tribüne · zeitschrift für sozialistische theorie · 2/83**

Herausgegeben von den Mitgliedern des Bundesvorstandes der Jungsozialisten:  
Rudolf Hartung, Vera Konieczka, Olaf Scholz, Gabriele Schwietering, Ulf  
Skirke, Jürgen Wasem, Jochen Worsch, Horst Wegner (Bundessekretär)

Redaktion: Alex Drexler, Edgar Einemann, Bernhard Groth, Joachim Gün-  
ther, Rosella Roth, Werner Schreiber, Ulf Skirke, Heinz Thörmer, Horst  
Wegner